Meinungen

Leitartikel

Frauen für Sex zu kaufen, gehört verboten

Prostitution zementiert ein frauenverachtendes System. Nur eine Bestrafung der Freier führt zu einem Umdenken in der Gesellschaft.

In der Schweiz kann man sich auf der Strasse eine Frau kaufen. Man kann auswählen, ob man eine Rumänin, eine Nigerianerin oder eine Thailänderin will. Man kann wählen, was man mit ihr machen will. Für den Preis eines Abendessens wird man Herr über diese Frau.

In der Schweiz, diesem Hort des gepflegten und geregelten Zusammenlebens, wird schulterzuckend gebilligt, dass Männer Frauen zum Spottpreis konsumieren können. Und dass es einen völlig undurchsichtigen, von der organisierten Kriminalität kontrollierten Markt dafür gibt.

In der Schweiz, wo sich allen voran Linke für die Gleichberechtigung der Geschlechter einsetzen, bezeichnen allen voran Linke den gefährlichen Körpereinsatz dieser Frauen als Sexarbeit. Mit dem Begriff wird eine in vielen Fällen traumatisierende Tätigkeit normalisiert. Fragen Sie die vermeintlichen «Arbeiterinnen» doch einmal, ob es sich wie kochen, putzen oder pflegen anfühlt, wenn sie ihren Körper verkaufen.

Wir leben in einem Land, in dem die Prostitution bisher mehrheitlich als gesellschaftlicher Fakt akzeptiert wird. Damit wird ein zutiefst misogynes System zementiert. Ein System, in dem Frauen als Ware gehandelt werden, Gewalt und Zwang erleben – und aus dem sie grossmehrheitlich sofort aussteigen würden, wenn sie nur könnten, wie Studien zeigen.

Während sich also die Welt rasant verändert, die Gesellschaft aufgeklärter, fortschrittlicher, moderner wird, bleibt das System Prostitution eine Sphäre, in der es legitim ist, Menschen zum eigenen Gebrauch zu kaufen.

In den vergangenen Jahren hat die internationale #MeToo-Bewegung sexuellen Missbrauch und Machtstrukturen offengelegt. Und in der Schweiz wurde bei der Revision des Sexualstrafrechts über feinste Verästelungen des sexuellen Konsenses diskutiert. Nur einen Bereich haben die Debatten ausgeklammert: die Prostitution, in der machtstrukturelle Mechanismen und Missbrauch akzeptiert sind. Es ist halt «das älteste Gewerbe der Welt». (Was übrigens nicht stimmt: Die ersten Prostituierten waren nicht etwa Geschäftsfrauen, sondern Sklavinnen.)

Es ist höchste Zeit, dass auch in der Schweiz ein Umdenken stattfindet: Eine Prostituierte wartet auf Kundschaft. Foto: Moritz Hager (Keystone)

Schweden kennt das Sexkaufverbot seit einem Vierteljahrhundert und macht gute Erfahrungen: Prostitution gibt es nicht mehr im selben Ausmass.

Daher ist es richtig und gut, dass sich politisch endlich etwas bewegt. Vertreterinnen und Vertreter mehrerer Parteien machen im Bundeshaus und in den Kantonen Druck, damit die Gesellschaft genauer hinschaut und die Missstände nicht länger toleriert. Die Mitte-Frauen prüfen eine Volksinitiative, um den Sexmarkt stärker zu kontrollieren und einzuschränken. Freier und Bordellbetreiber sollen unter anderem verpflichtet werden, die Arbeitsbedingungen der Frauen genauer zu überprüfen. Das ist ein wichtiger Schritt.

Doch die politische Offensive will mit Regulierungen und Einschränkungen lediglich die Symptome bekämpfen. Das ist zu wenig mutig. Nur ein Verbot, Sex zu kaufen, schützt die Frauen effektiv. Nur eine Bestrafung der Freier setzt wirksam bei der Ursache an – bei der grossen Nachfrage nach benutzbaren Frauenkörpern. Nur eine gesetzlich verankerte Norm, dass Frauenkauf nicht toleriert wird, führt zu einem nachhaltigen Umdenken in der Gesellschaft.

Denn solange Frauen in der Prostitution eine Ware sind, hat dies Folgen für das Zusammenleben der Geschlechter auch ausserhalb dieses Systems, begünstigt dies etwa die vielschichtigen Mechanismen, die zu häuslicher Gewalt und Missbrauch führen.

Schweden kennt das Sexkaufverbot seit einem Vierteljahrhundert und macht gute Erfahrungen: Prostitution gibt es noch immer, aber nicht mehr im selben Ausmass. Dadurch kommt es schon rein quantitativ zu weniger Missbrauch. Entscheidend ist zudem die Normverschiebung, die durch das Gesetz in der Gesellschaft stattgefunden hat. Der Grundsatz, wonach keine Menschen mehr gekauft werden dürfen, wird breit unterstützt – gerade auch von Jüngeren, die nichts anderes kennen.

Weitere Länder sind dem Vorbild Schwedens gefolgt, und es ist höchste Zeit, dass auch in der Schweiz ein Umdenken stattfindet. Denn das nordische Modell umfasst nicht nur ein simples Sexkaufverbot, sondern auch Ausstiegsprogramme für Frauen, Aufklärungs- und Präventionsarbeit. Der ganzheitliche Ansatz nimmt alles ins Visier: die Freier, die Frauen und die gesamte Gesellschaft.

In der Schweiz hat man das Modell bislang schnöde vom Tisch gewischt, weil sich damit die Prostitution in den Untergrund verlagere, wo es für die Frauen bedrohlicher sei. Nur: Kann es in diesem System überhaupt noch dunkler, undurchsichtiger, gefährlicher werden? Schon heute spielt sich der Sexmarkt meist im Verborgenen ab.

Die Erfahrungen aus Schweden legen zudem nahe, dass die Frauen mit einem Sexkaufverbot besser geschützt sind: Weil die Freier (und nicht die Frauen) strafbar sind, haben die Prostituierten nichts zu befürchten, wenn sie sich in der Not an die Polizei wenden.

Das zweite Argument gegen ein Sexkaufverbot: Wer sich selbstbestimmt für diese Tätigkeit entscheidet, würde damit der Existenzgrundlage beraubt. Ins Feld geführt werden dabei Frauen wie Salome Balthus, eine deutsche Edelprostituierte aus gutem Hause, die sich wortmächtig in die Debatte einbringt. Das stimmt ja auch: Es gibt Frauen, die sich aus freien Stücken für das lukrative Sexbusiness entscheiden. Aber die überwiegende Mehrheit eben nicht – das zeigen Studien deutlich. Ihr Zwang hat unterschiedliche Facetten: Armut, Zuhälter, Perspektivlosigkeit oder Drogen etwa.

Und genau das ist entscheidend: Die Unfreiheit der Gezwungenen muss höher gewichtet werden als die Freiheit der Freiwilligen. Darüber sollten wir jetzt reden – auch mit den Männern, deren mehrheitliches Schweigen bislang ohrenbetäubend ist. Nur wenn sich die Männer am Diskurs beteiligen, wird eine Veränderung möglich.

Raphaela Birrer
Chefredaktorin

Ein Gespenst namens «politischer Islam»

Wenn radikalisierte Muslime kriminell werden, gelten sie plötzlich als politische Akteure. So wird die Bevölkerung eingeschüchtert.

Fabian Renz

«Der politische Islam ist in seinen Grundzügen totalitär und illiberal. Das macht nicht nur mir Angst. Die Schweiz darf da nicht nachgeben.» Das sagte der SVP-Politiker Manuel Strupler vor wenigen Tagen der «Thurgauer Zeitung» – und erklärte damit den Abstimmungserfolg seines Referendumskomitees in Weinfelden TG: Mit knappem Mehr hatte sich die lokale Stimmbevölkerung vorletztes Wochenende gegen einen separaten Friedhof für Muslime ausgesprochen.

Die Abstimmungen über den «politischen Islam» sind spätestens seit der Minarett-Initiative (2009) ein eigenes Genre. Stets wird dabei eine Alltagsmanifestation islamischen Glaubens – ein Türmchen, ein Kleidungsstück, ein Gräberfeld – als Insigne einer drohenden feindlichen Übernahme gedeutet. Man leiste «Widerstand gegen die Machtansprüche des politischen Islam in der Schweiz», schreibt das rechtskonservative «Egerkinger Komitee», das die Minarett-Initiative lancierte, auf seiner Website.

Der Begriff «politischer Islam» ist geschickt gewählt. Er macht vielen Menschen Angst – ist aber manipulativ: Für politische Bewegungen sind zwei Voraussetzungen entscheidend. Sie benötigen erstens: Politikerinnen und Politiker, die sie repräsentieren. Und zweitens müssen sie sich in politischen Institutionen manifestieren können.

Ausgerechnet einer der prominentesten Islamkritiker zeigt das besonders plastisch auf. Der französische Autor Michel Houellebecq entwirft in seiner Dystopie «Unterwerfung» von 2015 die Figur des islamistischen Politikers Mohamed Ben Abbes, der dank seines Charismas und durch geschicktes Taktieren, aber auch dank Blindheit und Opportunismus seiner Gegner die Macht ergreifen kann. Er wird zum Staatspräsidenten von Frankreich gewählt, schafft den Laizismus ab und führt die Scharia ein.

Houellebecqs fiktive Handlung spielt im Jahr 2022. In der Realität des Jahres 2025 hingegen sind europäisch-islamistische Politiker und Parteien eine Marginalie geblieben – und in der Schweiz sind sie so gut wie inexistent.

Trotzdem führen nahezu alle europäischen Länder fiebrige Debatten über die Bedrohung durch einen «politischen Islam» – wobei sich die Kategorien in bedenklicher Weise verschieben. «Der politische Islam ist eines der Hauptmotive für die in Deutschland begangenen Straftaten», sagte der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz im letztjährigen Wahlkampf. Ein religiöser Fanatiker, der ein Attentat auf «Ungläubige» verübt, wird so kurzerhand zum politischen Akteur erklärt: Als würde ein solches Verbrechen irgendein Land einen Schritt näher an die Scharia bringen.

Das radikalislamische Milieu mit seinem immensen Gewaltpotenzial ist eine überaus ernst zu nehmende Gefahr – Polizei und Kriminologen sind entsprechend gefordert. Der viel beschworene «politische Islam» hingegen ist in Europa insgesamt ein Randphänomen. Natürlich ist nicht auszuschliessen, dass Houellebecq eines Tages recht bekommt und ein Mohamed Ben Abbes auf den Plan tritt.

Aber bis dahin hätten wir eigentlich noch genug real existierende Probleme zu lösen.